

An den Präsidenten  
des Südtiroler Landtages  
Herrn Josef Nogglar  
Silvius-Magnago-Platz 6

39100 Bozen

Bozen, den 16. Juli 2020

### **Beschlussantrag „Netiquette“ in Südtirols Onlineportalen**

*Jede Südtirolerin und jeder Südtiroler kann immer und überall seine eigene Meinung ausdrücken. Dies garantiert das in der Verfassung verankerte **Recht auf Meinungsfreiheit**. Viele machen von diesem Recht tagtäglich Gebrauch, im Gespräch mit Freunden, am Stammtisch, zu Hause im Familienkreis, in der Schule... Die Möglichkeit, seine eigene Meinung auch einem breiteren Publikum kundzutun, wird durch Leserbriefe, öffentliche Wortmeldungen und Stellungnahmen bei Veranstaltungen und seit knapp zwei Jahrzehnten in den vielen Kommunikationskanälen des Internets genutzt. Letztere Alternative ist ein wichtiger Entwicklungsschritt in Hinblick auf eine moderne Demokratie – mittlerweile unverzichtbar, wertvoll und äußerst interessant. Jede/r hat die Freiheit zu jedem Thema alles zu denken und zu sagen, was sie/er will und diese ihre/seine Meinung mit tausenden Menschen zu teilen – ermöglicht durch das Posten und Kommentieren im Internet. Viele User vergessen dabei, dass die Regeln für ein friedliches und zivilisiertes gesellschaftliches Miteinander der Offline-Gesellschaft auch online gelten. Es gibt zwar eine sogenannte „**Netiquette**“ („Net“ = Internet und „Etiquette“ = Benimmeregeln), doch leider halten sich viele User nicht daran. Hier gilt es an die Verantwortlichkeit der Redaktionen zu verweisen. Diese Verantwortlichkeit wahr zu nehmen, ist nämlich die Voraussetzung für eine gesittete Kommunikation im Netz. Wird die Möglichkeit zum Kommentieren und Posten angeboten, muss dies redaktionell moderiert und kontrolliert werden. Das Angebot von Kommentarseiten setzt die Dialogbereitschaft mit den Usern voraus.*

*Durch die Distanz zu ihrem Gegenüber, den Bildschirm, die Tastatur und das Netz liegt die Hemmschwelle für „hate speech“ bei vielen Nutzern leider deutlich niedriger als in der realen Welt. Hasspostings und hämische Kommentare ziehen sich quer durch alle Portale und Sozialen Medien: Menschen werden attackiert, an den Pranger gestellt, schonungslos kritisiert und diskriminiert. Es wird geschimpft, verurteilt, erpresst, gedroht...*

*Der Südtiroler Landtag hat im Oktober 2015 eine Änderung zum Landesgesetz vom 18. März 2002, Nr. 6 „Bestimmungen zum Kommunikationswesen und zur Rundfunkförderung“ beschlossen, mit welcher nur jenen Online-Nachrichtenportalen Ausgleichszahlungen gewährt werden, die für die Teilnahme an ihren Foren klare Nutzungsbedingungen veröffentlichen, die Einrichtung eines persönlichen, nicht übertragbaren und passwortgeschützten Benutzerkontos vorsehen und dem Kommunikationsbeirat einen für die Foren Verantwortlichen nennen. Damit wollte man dem Freibrief, im Internet andere zu verletzen und zu beschimpfen, ein Ende bereiten.*

Trotz dieser Bestimmung werden diverse Onlineportale, die öffentlich gefördert werden, immer noch mit beleidigenden, diskriminierenden und inakzeptablen Kommentaren gefüllt. Durch eine Registrierungspflicht der User mit echtem Namen (Angabe von Handynummer und eventuelle Identitätskarte) und vor allem durch **Moderation, Kontrolle und Löschung** könnte dies vielfach unterbunden werden. Denn auch in der freien Meinungsäußerung muss es Grenzen geben, die dafür sorgen, dass niemandem Schaden zugefügt wird. Deshalb

**beauftragt  
der Südtiroler Landtag die Landesregierung**

- eine dahingehende Abänderung des Landesgesetzes vom 18. März 2002, Nr. 6 „Bestimmungen zum Kommunikationswesen und zur Rundfunkförderung“ in die Wege zu leiten und festzuschreiben, dass Medien, die einen Förderbeitrag des Landes erhalten, eine Registrierungspflicht der User mit echtem Namen vorsehen müssen, und die Kommentare in ihren Portalen **pflichtbewusst moderieren** und **sorgfältig kontrollieren**, wobei für die dafür anfallenden Spesen ein Förderbeitrag vorgesehen werden soll ;
- in Zusammenarbeit mit dem Landesbeirat für das Kommunikationswesen eine „**Musternetiquette**“ bzw. einen einheitlichen Rahmen mit den Mindestangaben für die Verhaltensregeln im Netz auszuarbeiten, an der sich alle beitragsbeziehenden Medien mit Onlineforen orientieren sollen;
- eine **Ombudsstelle** für alle beitragsbeziehenden Medien einzurichten, **welche Klagen und Beanstandungen entgegennimmt und diese bearbeitet**. Als Ombudsstelle soll der Landesbeirat für das Kommunikationswesen fungieren.

Gezeichnet von den Landtagsabgeordneten

Chiodo      Taber      Nadurner Jamin  
 Kruel (KRUENBERGER)  
 Jato (H. Stoffler)      Anzani (ANZANI)  
 Foppa (FOPPA)      Uray (URAY)  
 Lanz (LANZ)      Deledda (DELEDDA)  
 Benzler (Benzler)      Ate-Tamerle (ATE-TAMERLE)